

Einschätzungen zu Auswirkungen des Oktoberfestattentats auf die Bundestagswahl 1980

Am 26. September 1980 wurden durch das Oktoberfestattentat in München 13 Menschen getötet und mehr als 200 zum Teil schwer verletzt. Das Ministerium für Staatssicherheit verfolgte aufmerksam die Ermittlungen in der Bundesrepublik und mögliche Auswirkungen des Attentats auf den Bundestagswahlkampf.

Am 26. September 1980 explodierte in der Nähe des Haupteingangs des Münchner Oktoberfests eine Bombe, die 13 Menschen tötete und 221 zum Teil schwer verletzte. Der 21-jährige Geologiestudent und Rechtsextremist Gundolf Köhler, der bei dem Anschlag starb, hatte den selbstgebauten Sprengkörper in einem metallenen Abfallkorb deponiert. Das Oktoberfestattentat war der schwerste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landeskriminalamts (LKA) Bayern und des Bundeskriminalamts (BKA) bestehende Sonderkommission (Soko) "Theresienwiese" ermittelte in dem Fall. Als sich die Hinweise auf einen Terroranschlag verdichteten, leitete am 27. September 1980 auch Generalbundesanwalt (GBA) Kurt Rebmann ein Ermittlungsverfahren ein.

Die Sicherheitsbehörden identifizierten Köhler am Tag nach dem Anschlag als Attentäter. Seine Kontakte in die rechtsextreme Szene, v. a. zur paramilitärischen Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann, waren bereits nachrichtendienstlich erfasst. Köhler hatte u. a. an Wehrsportübungen der WSG teilgenommen und mit ihrem Leiter Karl-Heinz Hoffmann korrespondiert. Die Organisation war bereits im Januar 1980 durch Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) verboten worden.

Trotz dieser Informationen und Zeugenaussagen zu weiteren Personen am Tatort schlossen die Soko "Theresienwiese" und der GBA letztlich ein rechtsextremistisches Tatmotiv aus und hielten an der Einzeltätertheorie fest. Im Mai 1981 stellte die Soko ihre Ermittlungen ein, im November 1982 auch der GBA.

Der Anschlag fand in einer politisch aufgeheizten Zeit statt: Am 5. Oktober 1980 stand die Bundestagswahl an, bei der sich der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) gegenüberstanden. In Schmidts Regierungszeit (ab 1974) fiel die Hochphase des Terrors der Roten Armee Fraktion. Daher prägte das Thema Sicherheit – vor allem mit Blick auf den Linksterrorismus – den Wahlkampf. Obwohl gerade die Zahl rechtsextremer Gewalttaten ab Mitte der 1970er Jahre zugenommen hatte.

Schmidts konservative Herausforderer suchten die Schuldigen unmittelbar nach dem Anschlag im linksextremistischen Lager. Die Aktivitäten der WSG hingegen spielten sie herunter. Auch eine Tatbeteiligung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) schlossen sie nicht aus.

Das MfS verfolgte die Ereignisse rund um das Oktoberfestattentat aufmerksam. Es schöpfte Ermittlungsergebnisse der westdeutschen Sicherheitsbehörden ab, dokumentierte die Berichterstattung in der Bundesrepublik und bewertete die Auswirkungen des Anschlags auf die Bundestagswahl.

Zahlreiche – zum Teil zuvor aus der DDR geflohene oder freigekaufte – Rechtsextremisten hatte das MfS in seinem Speicher erfasst. Außerdem setzte es inoffizielle Mitarbeiter in der rechten Szene in der Bundesrepublik ein. Sein Ziel: neonazistische Organisationen im eigenen Land verhindern und Material sammeln, das die Bundesrepublik diskreditieren könnte.

Unmittelbar nach dem Oktoberfestattentat sammelte das MfS Reaktionen westdeutscher Politiker auf den Anschlag, um dessen Auswirkungen auf die Bundestagswahl einschätzen zu können. Ein Bericht vom 30. September 1980 fasst die Einschätzungen zweier Staatssekretäre im Bundesinnenministerium zusammen.

Im Zentrum des Dokuments steht der Konflikt zwischen Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) und dem bayerischen Innenminister Gerold Tandler (CSU) bezüglich der Frage, welche Gefahr vom Rechtsextremismus im Allgemeinen und der WSG im Speziellen ausginge.

Das Dokument spiegelt die politische Stimmung im Herbst 1980 wider, die von einem stark polarisierten Wahlkampf geprägt war.

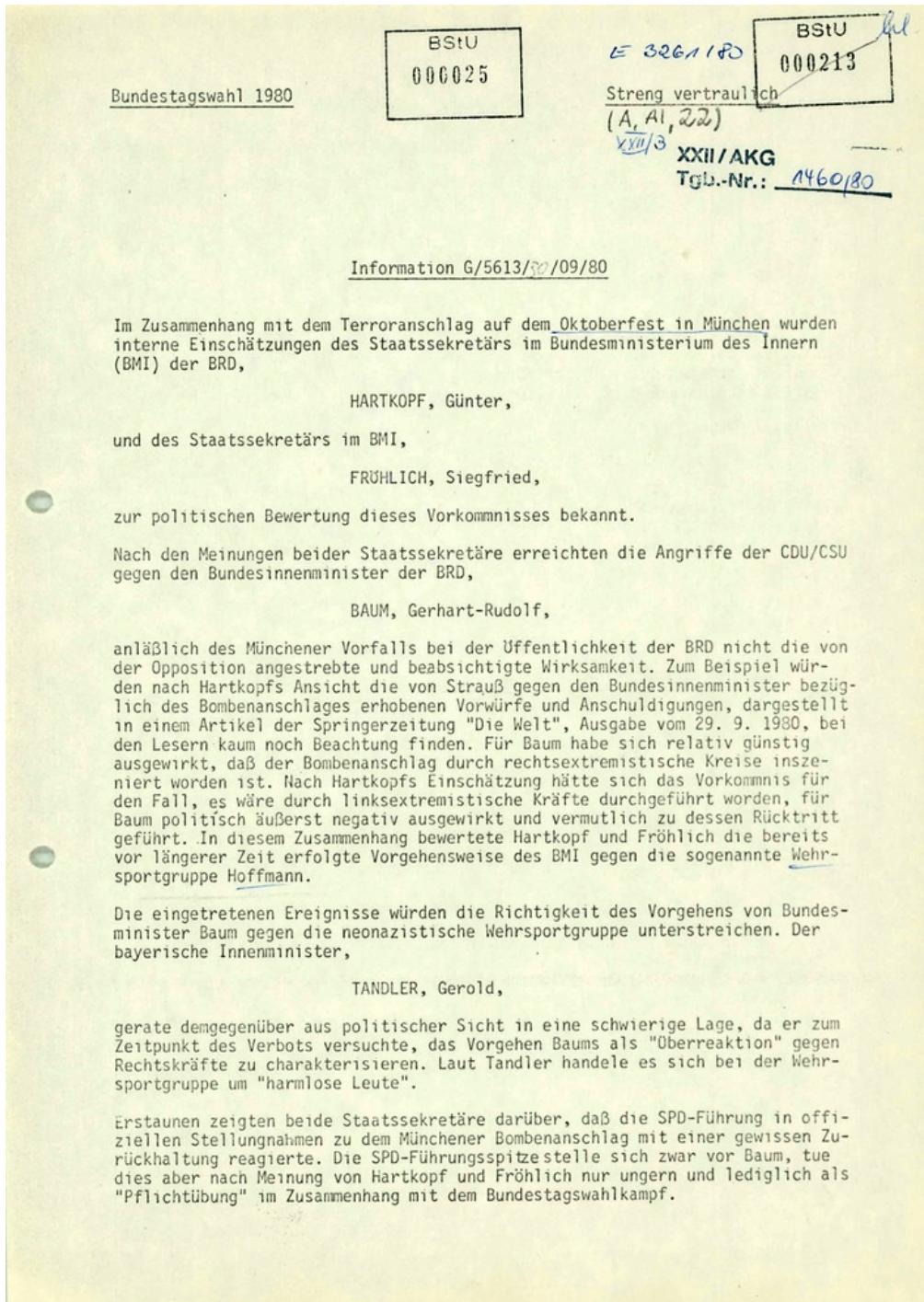
Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5749, Bd. 4

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BArch

Datum: September 1980

Einschätzungen zu Auswirkungen des Oktoberfestattentats auf die Bundestagswahl 1980



Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5749, Bd. 4

Blatt

Einschätzungen zu Auswirkungen des Oktoberfestattentats auf die Bundestagswahl 1980

BStU
000026

BStU
000214

Offensichtlich erwarteten die Staatssekretäre des BMI ein größeres Engagement der SPD, um die von der CDU/CSU gegen Baum erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen zu entkräften und zurückzuweisen.

Weiter gelangte zur Kenntnis, daß Bundesminister Baum auch innerparteilich unterstützt wird. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag,

HOPPE, Hans-Günter,

argumentierte vor der Fraktion, daß gerade Baum es war, der auf die Gefahren des Rechtsextremismus aufmerksam gemacht hatte. Ihm könnten in dieser Hinsicht keine Versäumnisse angelastet werden.

Zum künftigen Verhältnis zwischen CDU und CSU wurden interne Meinungsäußerungen aus Journalistenkreisen bekannt, die sich insbesondere auf das Problem der Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft beziehen. Nach Ansicht des Leiters des Bonner Büros der "Süddeutschen Zeitung",

DREHER, Klaus,

ist auch nach einer möglichen Wahlniederlage eine Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zu erwarten. Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl soll am 7. Oktober 1980 ein Treffen der Parteispitzen von CDU und CSU sowie der Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stattfinden, auf dem die weitere Zusammenarbeit der Parteien erörtert werden soll.

Dreher begründete seine Vermutung hinsichtlich der Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft mit dem Verlauf der letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes, in der er eine zunehmende Identifikation führender CDU-Politiker mit der Person des Kanzlerkandidaten Strauß feststellen konnte. Der CDU sei es auch in den nördlichen Bundesländern gelungen, einen wirkungsvollen und intensiven Wahlkampf zugunsten von Strauß zu führen. Die ursprüngliche Distanz zu Strauß sei abgebaut worden. Dreher ist der Meinung, daß es gerade der CDU-Generalsekretär Geißler war, der dem Wahlkampf der Unionsparteien mit dem Hochspielen der Rentenproblematik Auftrieb verliehen hat. Falls Strauß die Wahl gewinne, habe er dies in erster Linie Geißler zu verdanken.

Wie Dreher von profilierten CSU-Politikern erfahren haben will, verfolge die CSU genau die Wahlkampfauftritte von Politikern der CDU. Besonders werden das Engagement und die inhaltlichen Aussagen zu Strauß bei Wahlkampfauftritten des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht registriert.

Bezüglich des Fortbestehens der Fraktionsgemeinschaft erfuhr Dreher ebenfalls aus CSU-Kreisen, daß Strauß nicht an eine Trennung denke und dies auch nicht nach einer Wahlniederlage anstrebe. Ein damit verbundenes bundesweites Auftreten der CSU und eine Ausdehnung der CDU auf Bayern würde den Einfluß der CSU im eigenen Land wesentlich einschränken. Diese mögliche große Wirkung der CDU auf potentielle CSU-Wähler in Bayern leitet die CSU-Führung unter anderem aus dem wirkungsvollen und harten Wahlkampf des CDU-Generalsekretärs Geißler ab.